

12.09.2007 www.echo-online.de

Gegen Rassismus und Mobbing - Jubiläum: Starkenburg-Gymnasium wird als „Schule mit Courage“ ausgezeichnet – Siebzig Prozent der Schüler beteiligt

HEPPENHEIM. Das Engagement des Starkenburg-Gymnasiums gegen Rassismus und Mobbing, vor Jahren aus der Mitte der Schülerschaft entstanden, wurde am Samstag im Rahmen des 125. Schuljubiläums mit der Verleihung des Zertifikats „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ belohnt. Dank einer Unterschriftenaktion, an der sich 70 Prozent der Schulgemeinde beteiligt und damit gegen Rassismus und Mobbing ausgesprochen hatten, schmückt die Schule ab sofort eine Tafel im Eingangsbereich, die Flagge für die europaweite Aktion zeigt.

„Schule ohne Rassismus“ wurde Ende der achtziger Jahre in Belgien entwickelt, um auf erstarkende rechtsextreme Parteien zu reagieren. Von dort aus verbreitete es sich europaweit an Schulen, die es durch Eigeninitiative schaffen, auf verleugnete, aber oft latent vorhandene Tendenzen der Ausgrenzung in Schulen hinzuweisen. Am Heppenheimer Starkenburg-Gymnasium herrsche zwar kein Rassismus unter den Schülern, betont Dagmar Freytag, die das Projekt als Lehrerin betreut, aber es sei wichtig, etwas gegen das „zunehmende Mobbing zu unternehmen“. Für die Schüler ist darüber hinaus wichtig, auf die Maikundgebungen Rechtsextremer in Heppenheim in den vergangenen Jahren zu reagieren.

Die Idee des mehrfach mit Bundesförderpreisen und Auszeichnungen prämierten Projektes ist einfach: Schülerinnen und Schüler engagieren sich vor Ort, sammeln Unterschriften, veranstalten Aktionen und suchen sich einen prominenten Partner zur Unterstützung. Im Falle des Starkenburg-Gymnasiums, an dem Corinna Grünekle, Anselm Stahl und Eva-Marie Hohenadel aus der 12. Jahrgangsstufe die Aktion ins Leben gerufen haben, ist das der Schlagzeuger der „Söhne Mannheims“, Bernd Hermann. „Er gehört einer multikulturellen Band an und hat Bezüge zu Heppenheim, wo er gearbeitet hat“, erklärt Eva-Marie Hohenadel. So kam der Kontakt mit ihm zustande.

Am Starkenburg-Gymnasium, wo 900 von knapp 1200 Schülern für die Aktion gegen Rassismus votierten, zählen die Organisatoren aber auf weitere Unterstützung aus der Schülerschaft. Noch habe sich das Projekt in allen Einzelheiten zu wenig unter den Schülern herum gesprochen, sagen Grünekle, Stahl und Hohenadel. Aktionen, die für das Thema sensibilisieren, sollen dem entgegen wirken. Am 24. August entstanden auf diese Weise Bilder zum Thema Rassismus, auch ein Film wurde bereits gedreht, der beim Schulfest am Samstag im Starkenburg-Gymnasium den Gästen gezeigt wurde. Eine Literaturaktion mit anschließender Buchpublikation und CD-Veröffentlichung soll folgen.

Die offizielle Verleihung von Zertifikat und Schild der Aktion „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bildet allerdings nur einen von vielen weiteren Schritten. Damit soll auch dazu beigetragen werden, dass Projekt so am Heppenheimer Starkenburg-Gymnasium zu institutionalisieren, dass es „ein Selbstläufer“ wird, wie Anselm Stahl erklärt.

Unterstützung erfahren die Aktiven dabei zwar genug, doch würden sich die Organisatoren freuen, wenn sich weitere engagierte Schüler und Partner auch als Nachfolger fänden. „Schließlich machen wir alle im nächsten Jahr unser Abitur“, betont Corinna Grünekle.

lev

13.09.2007 http://www.morgenweb.de/region/heppenheim/20070913_srv000001456763.html

Zertifikat für das Starkenburg-Gymnasium

Die Schule wurde für ihr Eintreten gegen Rassismus und Mobbing ausgezeichnet

Heppenheim. Das Engagement des Starkenburg-Gymnasiums gegen Rassismus und Mobbing, vor Jahren aus der Mitte der Schülerschaft entstanden, wurde am Samstag im Rahmen des 125. Schuljubiläums mit der Verleihung des Zertifikats "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" belohnt.

Dank einer Unterschriftenaktion, an der sich 70 Prozent der Schulgemeinde beteiligt und damit gegen Rassismus und Mobbing ausgesprochen hatten, schmückt die Schule ab sofort eine Tafel im Eingangsbereich, die Flagge für die europaweite Aktion zeigt.

"Schule ohne Rassismus" wurde Ende der achtziger Jahre in Belgien entwickelt, um auf erstarkende rechtsextreme Parteien zu reagieren.

Von dort aus verbreitete es sich europaweit an Schulen, die es durch Eigeninitiative schaffen, auf verleugnete, aber oft latent vorhandene Tendenzen der Ausgrenzung in Schulen hinzuweisen.

Am Heppenheimer Starkenburg-Gymnasium herrsche zwar kein Rassismus unter den Schülern, betont Dagmar Freytag, die das Projekt als Lehrerin betreut, aber es sei wichtig, etwas gegen das "zunehmende Mobbing zu unternehmen". Für die Schüler ist darüber hinaus wichtig, auf die Maikundgebungen Rechtsextremer in Heppenheim in den vergangenen Jahren zu reagieren.

Die Idee des mehrfach mit Bundesförderpreisen und Auszeichnungen prämierten Projektes ist einfach: Schülerinnen und Schüler engagieren sich vor Ort, sammeln Unterschriften, veranstalten Aktionen und suchen sich einen prominenten Partner zur Unterstützung. Im Falle des Starkenburg-Gymnasiums, an dem Corinna Grünekle, Anselm Stahl und Eva-Marie Hohenadel aus der 12. Jahrgangsstufe die Aktion ins Leben gerufen haben, ist das der Schlagzeuger der "Söhne Mannheims", Bernd Hermann. "Er gehört einer

multikulturellen Band an und hat Bezüge zu Heppenheim, wo er gearbeitet hat", erklärt Eva-Marie Hohenadel. So kam der Kontakt mit ihm zu Stande.

Am Starkenburg-Gymnasium, wo 900 von knapp 1200 Schülern für die Aktion gegen Rassismus votierten, zählen die Organisatoren aber auf weitere Unterstützung aus der Schülerschaft. Noch habe sich das Projekt in allen Einzelheiten zu wenig unter den Schülern herum gesprochen, sagen Grünekle, Stahl und Hohenadel. Aktionen, die für das Thema sensibilisieren, sollen dem entgegen wirken. Am 24. August entstanden auf diese Weise Bilder zum Thema Rassismus, auch ein Film wurde bereits gedreht, der beim Schulfest am Samstag im Starkenburg-Gymnasium den Gästen gezeigt wurde. Eine Literaturaktion mit anschließender Buchpublikation und CD-Veröffentlichung soll folgen.

Die offizielle Verleihung von Zertifikat und Schild der Aktion "Schule ohne Rassismus Schule mit Courage" bildet allerdings nur einen von vielen weiteren Schritten. Damit soll auch dazu beigetragen werden, das Projekt so am Heppenheimer Starkenburg-Gymnasium zu institutionalisieren, dass es "ein Selbstläufer" wird, wie Anselm Stahl erklärt. Unterstützung erfahren die Aktiven dabei zwar genug, doch würden sich die Organisatoren freuen, wenn sich weitere engagierte Schüler und Partner auch als Nachfolger fänden. "Schließlich machen wir alle im nächsten Jahr unser Abitur", betont Corinna Grünekle. lev

16.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1210764

Frankfurt - Spur aus dem Eintracht-Netz

VON GEORG LEPPERT UND STEFAN BEHR

Im Internetforum der Eintracht herrscht helle Aufregung. Wo sich die Fans des Fußball-Bundesligisten normalerweise nur über die Aufstellung für das nächste Heimspiel und die Verletzungen der Stürmer unterhalten, geht es plötzlich um den Messerangriff auf den Rabbiner Zalman Gurevitz. Denn am Freitagmorgen hat die Staatsanwaltschaft bekannt gegeben: Der entscheidende Hinweis kam aus dem Online-Forum der Eintracht. Der Verdächtige ist ein 22-jähriger Deutscher, der antisemitische Motive für den Angriff abstreitet. Die Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl.

In den vergangenen Tagen hatte es auf der Internetseite eine Diskussion über die Tat gegeben. Die entsprechenden Einträge seien mittlerweile gesperrt worden, sagte der Moderator des Forums. Als ein Teilnehmer der virtuellen Debatte Einzelheiten über den Angriff auf den Rabbiner schilderte, meldete sich ein Zeuge bei der Polizei. Die Beamten ermittelten den Verfasser des Beitrags, der selbst nicht der Täter sei, wie Staatsanwältin Doris Möller-Scheu betonte. Er brachte die Fahnder aber auf die Spur des Verdächtigen. Am Donnerstagabend nahm die Polizei den Mann in Hattersheim fest. Dort lebt er bei seinen Eltern, die aus Afghanistan kommen.

Zum Motiv der Tat ließ sich am Freitag noch nicht viel sagen. Zwar ist der 22-Jährige Moslem, die Staatsanwaltschaft hält ihn jedoch nicht für einen militanten Islamisten. Er sei politisch bislang nicht in Erscheinung getreten und auch nicht vorbestraft, sagte Doris Möller-Scheu. Im polizeilichen Führungszeugnis finde sich nur eine Ermahnung von einem Jugendrichter. Dabei ging es offenbar um eine Lappalie. In seiner ersten Vernehmung in der Nacht zum Freitag habe er den Messerangriff auf den 42-jährigen Rabbiner eingeräumt, sagte Möller-Scheu. Er habe jedoch eine Tötungsabsicht bestritten und erklärt, er habe sich gegen den Rabbiner zur Wehr setzen müssen. Dennoch ermittelt die Staatsanwaltschaft derzeit wegen versuchten Totschlags.

Nach Angaben des Verdächtigen traf er den Rabbiner, den er zuvor nicht kannte, am Freitag der vergangenen Woche gegen 20.30 Uhr auf der Eschersheimer Landstraße und sprach die arabische Grußformel "Salam Alaikum". Daraufhin habe es zwischen ihm und dem orthodoxen Juden einen heftigen Wortwechsel gegeben, der schließlich in eine körperliche Auseinandersetzung gemündet sei.

Der 22-Jährige erklärte, "der Rabbiner habe ihn gepackt und geschüttelt", sagte Möller-Scheu. Weil er sich von dem kräftigen Mann angegriffen fühlte, habe er mit einem Taschenmesser (Klinglänge: 7,6 Zentimeter) zugestochen, so die Schilderung des Verdächtigen. Das Messer habe er immer dabei, wenn er nach Frankfurt fahre. Der Rabbiner schaffte es aus eigener Kraft in ein Krankenhaus, wo er operiert wurde. Mittlerweile geht es ihm besser.

Der Verdächtige bestreite, den Rabbiner als "Scheiß Juden" beschimpft zu haben, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Auch habe er nicht damit gedroht, den Mann umzubringen. Begleiter des Rabbiners hatten entsprechende Aussagen bei der Polizei gemacht.

Geklärt ist mittlerweile auch die Rolle der beiden jungen Frauen am Tatort, nach denen die Polizei in den vergangenen Tagen gefahndet hatte. Es handelt sich um ein 15 und ein 16 Jahre altes Mädchen, die nur zufällig hinter dem mutmaßlichen Angreifer liefen. Sie haben nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft mit der Tat nichts zu tun.

Im Zusammenhang mit der Bluttat vom vergangenen Freitag in Frankfurt wies der Berliner Antisemitismusforscher Wolfgang Benz auf die neue Qualität antisemitisch motivierter Gewalt hin. Früher habe sich diese Gewalt im wesentlichen gegen Sachen gerichtet, sagte der Historiker im Gespräch mit der FR. Mittlerweile gingen antisemitische Gewalttäter vorwiegend Menschen an.

15.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1210777
Antisemitismusforscher Benz: Wachsende Gewaltbereitschaft
Der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz über feindliche Motive.

15.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1210775
Großer Mediendruck: Festnahme kommt überraschend schnell
Es war eine Woche der Wasserstandsmeldungen, ohne dass sich irgendetwas Entscheidendes ereignete. Der niedergestochene Rabbi befand sich auf dem Weg der Besserung. Die Staatsanwaltschaft setzte eine...

15.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1210771
Leitartikel: Herzklopfen der Stadt
Das Verfahren gegen den Messerstecher wirft viele Fragen auf, die sich diese Stadtgesellschaft selbst beantworten muss.

15.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1210776
Frankfurt: Langsam kommt die Erleichterung
Die Nachricht sprach sich wie ein Lauffeuer herum: Der Täter, der einen Rabbiner niedergestochen hat, ist gefasst. Die jüdische Gemeinde atmet auf, aber eine gewisse Spannung bleibt.

17.09.2007 www.tagesschau.de
* **Mannheim: Urteil gegen Holocaust-Leugner Zündel bestätigt**
Die Verurteilung des Holocaust-Leugnens Ernst Zündel zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe ist rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof verwarf die Revision als unbegründet. Der 67 Jahre alte Zündel hatte von Kanada aus den Massenmord an den Juden während der NS-Zeit systematisch bestritten.

18.09.2007 www.tagesschau.de
* **Knobloch sieht antisemitisches Motiv**
Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden, hält die Messerattacke auf einen Frankfurter Rabbiner weiterhin für eindeutig antisemitisch begründet. Politiker und Bürger müssten laut Knobloch angesichts des islamischen Fundamentalismus wachsam sein.

20.09.2007 www.tagesschau.de
* **Eine Stadt wehrt sich gegen Neonazis**
NPD-Stände auf dem Marktplatz und rechtsradikale Sprüche auf offener Straße, das wollen sich die Bewohner von Bad Wildungen nicht mehr gefallen lassen. Eine Stadt erhebt sich gegen den braunen Spuk.

21.09.2007 www.wnoz.de <http://www.wnoz.de/druck.php?WNOZID=54f3a14d4bcbcd91721afb...>
Weschnitztal - Infoabend: Rechte beabsichtigen Störung
Mörtenbach. (gie) "Dass wir alle hier so ruhig sitzen konnten, lag am Einsatz der Polizei, denn wir haben zwischenzeitlich Besuch gehabt", meinte Klaus Müller, Erster Beigeordneter der Gemeinde Mörtenbach, zum Abschluss der Informationsveranstaltung der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Mörtenbacher Bürgerhaus.
Offenkundig hatten einige Neonazis die Absicht, die Veranstaltung zu stören. Wie von einigen Beobachtern zu erfahren war, tauchten bereits zu Beginn der Veranstaltung mehrere Personen, nach Schätzungen handelte es sich um etwa 20 Leute im Alter zwischen 16 bis Mitte 20 Jahren, vorm Bürgerhaus auf, vor dem sich zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits mehrere Polizeibeamte sowie Bedienstete der Ordnungspolizei Weschnitztal postiert hatten.

Hausrecht ausgeübt

Es wurde mitgeteilt, dass der Versuch unternommen wurde, das Bürgerhaus zu betreten, allerdings machten die Ordnungspolizisten vom Hausrecht Gebrauch und untersagten diesen Personen den Zutritt. Vorsichtshalber wurde daraufhin die Tür des Bürgerhauses abgeschlossen.

Die rechtsextremen Zeitgenossen, die nach weiteren Angaben mehrheitlich aus dem Raum Mannheim/Ludwigshafen gestammt hätten - im Regelfall werden Störversuche nicht von Neonazis aus der näheren Umgebung unternommen -, hätten sich daraufhin in kleinere Gruppen aufgeteilt und seien verschwunden. Allerdings handelt es sich dabei um eine bekannte Strategie. Häufig treffen sich die Kleingruppen mit weiteren Gesinnungsgenossen, um dann aus verschiedenen Richtungen vorzurücken.

Da dieses Vorhaben jedoch keinen Überraschungseffekt für die Polizeibeamten, die in der Zwischenzeit zahlenmäßig deutlich verstärkt wurden, in sich birgt, wurden die Gruppen weiterhin beobachtet. So blieb die

Veranstaltung ohne Störung. Müller dankte der Polizei für ihren Einsatz: "Oftmals werden die Beamten kritisiert, dass sie nicht eingreifen würden. Dies war ein Beispiel, dass dies nicht so ist."

Siehe: Rechte Kameraden werden zu Jungnationalen

21.09.2007 [www.wnoz.de http://www.wnoz.de/druck.php?WNOZID=54f3a14d4bcbcd91721afb...](http://www.wnoz.de/druck.php?WNOZID=54f3a14d4bcbcd91721afb...)

Weschnitztal - Rechte Kameradschaften werden zu Jungnationalen

Mörtenbach. (gie) Allmählich lösen sich die Kameradschaften des Aktionsbüros Rhein-Neckar, eine Art regionaler Neonazi-Dachverband, der Reihe nach auf.

Beispielsweise gehören auch die Kameradschaft Bergstraße und der Nibelungensturm Odenwald der Vergangenheit an. Der Kreis Bergstraße ohne Neonazis? Ein Gedanke, der mit Sicherheit nicht zutrifft, wie Manfred Forell, Referent bei einer Informationsveranstaltung der Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, im Mörtenbacher Bürgerhaus unterstrich.

Stattdessen sei davon auszugehen, dass die Auflösung der Kameradschaften einhergeht mit der Schaffung von neuen Strukturen. Wahrscheinlich ist, dass die Neonazi-Gruppierungen in neuen Zusammenschlüssen der Jungnationalen aufgehen, der Jugendorganisation der rechtsextremen NPD. "Manche können sich nicht mit diesem Übertritt zur NPD anfreunden, weshalb sie die Gruppe verlassen. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, dass diese Personen neue Untergruppen bilden", erklärte Forell.

Der Referent gab ausführliche und aufschlussreiche Basisinformationen zur rechten Szene allgemein und zu den Rechten in der Region insbesondere. Der Wirkungsbereich des Aktionsbüros Rhein-Neckar erstreckte sich über das gesamte Dreiländereck. Jeder Kameradschaft seien rund 15 bis 20 feste Mitglieder zuzurechnen. Rund 50 bis 100 Personen seien zusätzlich dem erweiterten Kreis jeder Kameradschaft zuzufügen, die für Veranstaltungen wie etwa bei rechten Aufmärschen mobilisiert werden könnten. In Deutschland seien etwa 200 rechte Kameradschaften existent.

Das Zentrum des Aktionsbüros befindet sich in Kirchheim bei Grünstadt. Dort erfolgen neben der Planung aller Aktionen regelmäßig Konzerte, Schulungen, Parteiveranstaltungen oder die Auftritte rechtsextremer Redner. "Diese Nachbarschaft gefällt den Anwohnern überhaupt nicht, doch dieses Beispiel zeigt, was geschieht, wenn so etwas nicht ernst genommen wird", sagte Forell. Bei den Kameradschaftsabenden selbst handle es sich mittlerweile nicht mehr um wüste Saufabende, vielmehr werde politische Ideologearbeit geleistet. Die Mehrheit der Neonazis gehöre ferner auch nicht mehr zum Stereotyp des braunen Pöbels, sondern viele seien inzwischen Abiturienten, Studenten, hätten sogar sozialpädagogische Berufe - Forell berichtete über eine rechtsextreme Erzieherin und eine Studentin der Grundschulpädagogik - oder seien in den Medien tätig. "Außerdem ist festzustellen, dass mittlerweile 20 bis 25 Prozent der Rechten Frauen sind", entkräftete der Referent die Annahme, Rechtsextremismus sei ein männliches Phänomen. Forell rief dazu auf, die Aktionen des rechten Randes entsprechend ernst zu nehmen: "Es handelt sich nicht um eine Spielerei, sondern es geht dabei um Systemüberwindung." Den Zugang zur rechten Szene erhalten junge Menschen häufig durch die Musik, von denen zahlreiche trotz offenkundiger Hetzbotschaft in den Texten rein juristisch nicht zu beanstanden sind, weshalb etwa die so genannten Schulhof-CDs der NPD auch legal sind. Die Lieder der Neonazis sind bei den Jugendlichen bestens bekannt. Allerdings nicht nur die "legalen", vielmehr auch die indizierten, die teilweise schon vom Text her dem Aufruf zum Mord gleichen.

Forell gab zudem viele Informationen zur rechten Symbolik. Recht bekannt sei mittlerweile die Zahl 88, die zweimal den achten Buchstaben des Alphabets darstelle: HH, also Heil Hitler. Sehr modern sei es inzwischen überdies, dass Rechte Zeichen der linken Szene verwenden, um Verwirrung zu stiften. So seien Bilder von Che Guevara oder ein Palästinensertuch bei einem Neonazi keine Seltenheit mehr.

Auf die Frage aus dem Publikum hin plädierte Forell eindeutig für ein Verbot der NPD. So sei von der rechtsextremen Partei beim Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz 10000 Euro an die Kameradschaften ausgeschüttet worden, die für Wahlwerbeaktionen gesorgt hätten. Geld, das vermutlich aus der Wahlkampfkostenrückerstattung nach dem Wahlerfolg in Sachsen stammt. "Somit finanziert der Staat die schreckliche demagogische Arbeit. Durch ein Verbot verschwindet zwar nicht die rechte Gesinnung, allerdings verschwinden wichtige finanzielle Mittel", so Forell.

Margarete J. Bauer, Sprecherin der Initiative, gab eingangs einen informativen Überblick über die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße (dargestellt auch im Internet unter www.fremdenfreundlich.de). Unterstützung erfährt die Arbeit auch in den Kommunen. Zwölf Städte und Gemeinden, darunter Abtsteinach, Fürth, Gornheim, Grasellenbach, Mörtenbach, Rimbach und Wald-Michelbach, hätten einer Resolution der Initiative jeweils einstimmig in ihren Gremien zugestimmt.

Dieser Bericht wurde per Email an info@fremdenfreundlich.de geschickt.

19.09.2007: Besuch einer linken Hetzveranstaltung im Odenwald

Mörtenbach: Am heutigen Abend lud die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße zu einer Infoveranstaltung in Mörtenbach bei Weinheim ein. Rund 30 nationale Aktivisten wollten sich nicht nehmen lassen, was und vor allem wer da was über sie und ihre Strukturen zu berichten hat.

Gegen 18:50 erreichte man das Bürgerhaus in Mörtenbach und musste sofort ein paar Grünuniformierte und

einem Staatsschutzbeamten entdecken. Man erhielt von den Musterdemokraten sofort ein Hausverbot. Wenn Demokraten nicht weiter wissen, wissen sie sich nur noch mit Verboten zu helfen. Schade war es für einen jungen Antifaschisten „Kalle“ und seinem älteren Begleiter. Unsereins begrüßte die beiden, vor allem Kalle so herzlich, dass auch sie nicht dem Vortrag beiwohnen durften, da man sie für unsereins hielt. Ebenso erging es einem türkischen Mitbürger, der nicht wusste, wer die bösen Rechtsradikalen sind und leider die Falschen ansprach. Damit erfolgte ein Zutrittsverbot durch die Polizei. Der Hauptreferent Manfred Forell, ein kath. Religionslehrer an der Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim beschäftigt sich laut Einladung seit Jahren mit den Inhalten und Strukturen nationaler Gruppen in Südhessen. Im Mittelpunkt seines Vortrages standen die Fragen:

- Wer sind diese Gruppen?
- Wie arbeiten sie?
- Welche Ziele verfolgen sie?

Gegen 19:30 Uhr verließen, nach Verteilen ihrer Flugblätter an die Teilnehmer der Infoveranstaltung, die Aktivisten den Ort des Geschehens. Während Manfred Forell vor den 10 Hänkeln in Mörlenbach unter Polizeischutz seinen Vortrag abhielt, sollen nach Auskunft einiger Aktivisten aus Südhessen, ca. 20 Personen vor das Haus von Forell in Rimbach gezogen sein, um dort mal ein paar Flugis an Forells Nachbarschaft zu verteilen. Forells Frau schien über den Besuch der nationalen Aktivisten aus Südhessen überhaupt nicht erfreut gewesen zu sein und hatte keine Lust auf einen kleinen Plausch über die Aktivitäten ihres Mannes. Schade - da verweigerten sich Demokraten wieder einmal einer Basis-Diskussion.

Einladung zur Infoveranstaltung: <http://www.fremdenfreundlich.de/Veranstaltungen.html>

Quelle: Sven aus Weinheim

21.09.2007 <http://www.giessener-anzeiger.de/artikel/3042962>

Die NPD kommt: Kirche und Politik rufen zu Protest auf

ALSFELD (oz). Parteien, Gewerkschaften und Kirche im Vogelsbergkreis sind alarmiert von der Nachricht, dass die rechtsextreme NPD am morgigen Samstag zum zweiten Mal einen Info-Stand in der Alsfelder Innenstadt einrichten möchte. So rufen sowohl die ALA, als auch die SPD, der DGB und das evangelische Dekanat Alsfeld dazu auf, am Samstagvormittag auf den Alsfelder Marktplatz zu kommen, um Abneigung gegen die Rechten zu demonstrieren. "Die Aktivitäten stehen in engem Zusammenhang mit den Bemühungen, noch vor der Landtagswahl im Vogelsberg Fuß zu fassen", heißt es in einer Pressemitteilung der Alternativen Liste Alsfeld. In dem Zuge werde auch das "Netzwerk gegen Rechtsextremismus" beim DGB, dem inzwischen mehrere politische Organisationen angehören, am Samstag einen Infostand einrichten.

Das evangelische Dekanat Alsfeld will am Samstag auf dem Marktplatz die Foto-Ausstellung "Stationen des Holocaust und des Rassismus heute" zeigen, die der evangelische Arbeitskreis "Kirche und Israel in Hessen und Nassau" zusammengestellt hat.

Bereits im November des vergangenen Jahres waren Vertreter der Wetterauer NPD in Alsfeld aufgetreten. Hunderte Alsfelder schirmten dabei in einer Gegenaktion deren Info-Stand nach außen weitgehend ab.

26.09.2007 www.giessener-anzeiger.de/artikel/3056004

"Die Rechten nicht totschiweigen" Stand der NPD Anlass für Gegenaktionen - Offenbar Vorbereitung für NPD-Kreisverband

ALSFELD (OZ). Auch Alsfeld neuer Bürgermeister Ralf Becker war auf dem Alsfelder Marktplatz dabei. Zusammen mit seinem Sohn betrachtete er die Ausstellung der Kirche gegen Nationalsozialismus, sprach mit vielen Menschen, die im weiten Kreis um das Weinhaus standen und so die Handvoll NPD-Aktivisten an einem einsamen Info-Stand abschirmten. Becker war nicht zufällig unter den Demonstranten gegen Rechtsradikalismus: "Ich bin hier, um zu zeigen, dass ich ein Gegner der NPD bin." Aber auch die NPD war nicht zufällig zum zweiten Mal in Alsfeld aktiv: Man wolle im Vogelsberg einen Kreisverband gründen, hieß es am Stand. Etwa 100 Menschen beteiligten sich an der Aktion gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit, zu der das Netzwerk gegen rechte Gewalt aufgerufen hatte. Viele Vogelsberger waren dabei, darunter Vertreter der Alternativen Liste Alsfeld, der Linkspartei, der Jugendorganisation "solid", des DGB, der GEW, Naturfreunde, der Globalisierungskritiker attac, vom Weltladen und vom evangelischen Dekanat Alsfeld - aber auch auswärtige Demonstranten.

Alle Gruppen zusammen bildeten einen weiten Halbkreis um den NPD-Stand direkt vor dem Weinhaus. Dorthin habe man den Stand in Absprache mit der Polizei platziert, erklärt Ordnungsamtleiter Wilhelm Battenberg - aus Sicherheitsgründen. Während der dreistündigen Aktion besuchen nur wenige Passanten die sieben NPD-Vertreter, die wie schon im November überwiegend aus dem Wetteraukreis kommen. "Wir leisten Aufbauarbeit", erklärt Daniel Lachmann, NPD-Kreisvorsitzender in der Wetterau und Mitglied im Landesvorstand. "Wir wollen in den Vogelsbergkreis." Hans-Heinrich Käs aus Marburg und René Berben aus Grebenhain seien bereits feststehende Kandidaten. Dafür, dass fast niemand den Stand besucht, machen die Rechten die Gegendemonstranten verantwortlich, vor allem "diese Bierdosen trinkenden Jugendlichen."

So verging der Vormittag bei schönstem Wetter. Erst um 12 Uhr kam Bewegung in die Menschen: Der NPD-Stand wurde abgebaut, begleitet von Johlen und Pfeifen und Sprechchören: "Haut ab!" Die Rechten zogen ab, ohne weiteres Aufsehen. Er habe bereits Erfahrungen mit Rechtsradikalen, erklärte Bürgermeister Becker. Dabei sei die Erkenntnis gereift, dass Gegenaktionen wie die auf dem Marktplatz "die richtige Strategie" seien, sagte Becker: "Natürlich gewaltlos." Seine Erfahrung: "Man darf die Rechten nicht totschießen. Dann werden es immer mehr."

22.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1214348
Mainz lässt Rechte tagen

Protest gegen Kongress der Republikaner in der Rheingoldhalle

25.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1215536
Nordhessische Neonazis nehmen Gegner ins Visier

Politiker der Linkspartei erhalten Drohbriefe und tote Ratten / Polizei sieht keine organisierte rechte Szene

25.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1215533
Leitartikel: Kraft des Andersseins

Rassismus und Antisemitismus sind noch nicht überwunden. Junge Juden wissen, dass zum Neubeginn Mut gehört und den wollen sie einsetzen.

25.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1215538
Erst Hass-Musik, dann Gewalt

Rechte Jugend-Cliquen sind in Hessen "kein einmaliges Phänomen" / Marburger Forscher befragen Kommunen und untersuchen die Szene - **VON PITT VON BEBENBURG**

Es sind Jungs, die sich als rechtsextreme Cliquen zusammenschließen. Sie lassen ausländerfeindliche Sprüche ab, hören gemeinsam Hass-Musik und werden zuweilen gewalttätig.

Solche Gruppen gibt es nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in vielen Teilen Hessens. Sie treffen sich in einer Kneipe in Florstadt ebenso wie auf öffentlichen Plätzen in Kassel, rund um die Dornburger Mehrzweckhalle und bei Zeltdiskotheken in Wölfersheim.

Zwei Marburger Forscher haben Informationen über solche Cliquen im ganzen Bundesland zusammengetragen. Eines ihrer Ergebnisse lautet: "Es gibt keinen Hinweis auf rechte Mädchencliquen." Die Jungen dominieren - Mädchen sind nur vereinzelt als Freundinnen der jungen Männer mit dabei.

Auf 22 rechte Jugendcliquen wurden die Wissenschaftler Benno Hafener und Reiner Becker hingewiesen, nachdem sie flächendeckend Fragebögen an die hessischen Kommunen verschickt hatten. In ihrer Studie "Rechte Jugendcliquen" zitieren sie aus den Antworten.

Viele Gruppen fielen durch Gewalt auf, schreiben sie. Über die Clique in Florstadt heißt es, sie liefere sich "Schlägereien mit türkischen Jugendlichen auf sogenannten Dorfdiscos". Gruppen aus Rabenau und Schwalmstadt verprügelten andere bei Kirmesveranstaltungen. Die rechten Jugendlichen aus Dornburg hätten "nach kollektiven Besäufnissen" Schlägereien angezettelt. In Kirchhain gingen junge Migranten und rechtsradikale Jugendliche auf dem Schulhof aufeinander los.

Eine große Rolle spielt für die Jugendlichen offenkundig rechte Musik. Die Gruppe in Angelburg etwa betreibe "einen schwungvollen Handel mit rechter Musik und verbotenen Liedern". Insgesamt reiche das Spektrum der Cliquen vom Nazi-Liedgut wie dem Horst-Wessel-Lied über Rechtsrock bis hin zu "menschenverachtendem braunen Heavy Metal", heißt es in dem Buch.

An ihrem Äußeren sind die rechten Jungs dabei nicht immer zu erkennen. Manche Cliquen stellten "ihre Gesinnung und ihre Zugehörigkeit auch in ihrem Outfit zur Schau". Etwa genau so viele gebärdeten sich aber "eher unauffällig", schreiben die Autoren. So wird über die Jugendlichen aus Schwalmstadt berichtet: "Angepasst, nicht mehr das Bomberjacken- und Glatzenoutfit. Teilweise wurde ein linker Kleiderstil übernommen."

Es gebe aber "nach wie vor Kommunen, die das Problem unter den Teppich kehren", registrieren die Autoren der Studie. Allerdings nehmen sie erfreut zur Kenntnis, dass sich viele Verantwortliche auch dann Gedanken über Vorbeugung machen, wenn sie nicht im eigenen Ort mit jungen Rechtsextremisten konfrontiert sind. 40 Kommunen hätten Runde Tische eingerichtet oder anders auf die Gefahr von Rechts reagiert - das sind mehr, als mit rechten Cliquen zu tun haben.

Dies sei aber auch sinnvoll, konstatieren Hafener und Becker im Resümee. Denn der Vergleich mit früheren Studien belege, dass die rechten Cliquen "kein einmaliges Phänomen" geblieben, sondern mittlerweile "normal" geworden seien.

Rechte Jugendcliquen, Benno Hafener, Reiner Becker, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 110

Seiten, 14,80 Euro

25.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1215877

NPD will gegen Moschee demonstrieren

Rechtsextreme wollen Streit um Neubau in Frankfurt-Hausen für sich nutzen

Frankfurt/Main (dpa/lhe) - Die rechtsextreme Partei NPD will den Konflikt um den Neubau einer Moschee im Frankfurter Stadtteil Hausen für ihre Zwecke nutzen. Die Rechten haben für den 20. Oktober eine gegen den Islam und die Moschee gerichtete Demonstration durch den Stadtteil beantragt, wie Ordnungsdezernent Boris Rhein (CDU) am Dienstag bestätigte.

Als mögliche Route habe die NPD die Strecke zur Neuen Börse beantragt, auf die sie die Stadt am 8. Juli verwiesen hatte. Zu der gegen die Globalisierung gerichtete Demonstration waren damals rund 500 Rechtsextreme erschienen, die von einem Großaufgebot der Polizei geschützt worden waren. Bei gewalttätigen Protesten von Gegendemonstranten hatte es rund 200 Festnahmen gegeben.

Rhein prüft nach eigenen Angaben ein Verbot der NPD-Demonstration, für das diesmal wesentlich bessere Aussichten bestünden als bei der Veranstaltung vom Juli. Die Demonstration unter dem Motto "Stoppt die Islamisierung - Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen" richte sich offensichtlich gegen eine Religion, gegen deren Gläubige und gegen ein Gotteshaus. Er lasse prüfen, ob die Straftaten Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass erfüllt seien. Rhein zeigte sich empört, dass die NPD vor dem Hintergrund der ohnehin schwierigen Diskussion in der Stadt ihr "braunes Süppchen kochen" wolle.

25.09.2007 infomail@gruene-frankfurt.de

***Betreff:* InfoMail 168/2007 - Neuer Neonazi-Aufmarsch geplant**

Liebe Freundinnen und Freunde,

die NPD hat gestern erneut eine Demonstration in Frankfurt für Samstag, den 20. Oktober angemeldet. Sie will am Industriehof gegen den geplanten Moscheeneubau aufmarschieren und ihre menschenverachtende Ideologie verbreiten.

GRÜNE und CDU im Römer haben, im Einvernehmen mit Oberbürgermeisterin Petra Roth, entschieden einen Verbotsantrag eingehend zu prüfen und bei Aussicht auf Erfolg auch zu stellen. Da sich der Aufruf der NPD gegen eine Religionsgemeinschaft richtet, könnte hier der Tatbestand der Volksverhetzung, bzw. des Aufrufs zum Rassenhass erfüllt sein.

Anmelder ist der hessische NPD-Vorsitzende Marcel Wöll, der erst im August zu vier Monaten Gefängnis wegen Volksverhetzung verurteilt wurde.

Darüber hinaus laufen noch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Teilnehmer des letzten NPD-Aufmarsches im Juli, was den Verdacht nahelegt, dass es im Oktober erneut zu Strafrechtsverstößen kommen wird.

Oberbürgermeisterin Roth wird außerdem das Römerbergbündnis, einen Zusammenschluss der Kirchen, Gewerkschaften und demokratischen Parteien, kontaktieren, um für den Fall der Genehmigung des Aufmarsches durch das Verwaltungsgericht eine Gegenkundgebung zu organisieren.

Wir werden alle gangbaren und erfolgversprechenden Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass Frankfurt als Aufmarschplatz der Neonazis missbraucht wird. Am Ende werden aber auch in diesem Fall die Gerichte und nicht die Stadt Frankfurt entscheiden. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, dass diese Entscheidung gegen die Neonazis ausfällt, um deutlich zu machen, dass sie nicht in Frankfurt willkommen sind.

Viele Grüße, Olaf Cunitz Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Römer

26.09.2007

URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1216111

Moschee-Streit

- Stadt verbietet NPD-Aufmarsch

VON GEORG LEPPERT, ANITA STRECKER UND CLAUS-JÜRGEN GÖPFERT

Ein wenig Sarkasmus konnte sich Boris Rhein nicht verkneifen: "Die NPD hat mir ein Abschiedsgeschenk gemacht", sagte der CDU-Politiker, der zum 1. November als Sicherheitsdezernent aufhört und Stadtrat für Wirtschaft wird. Doch über das Präsen der Rechtsextremen ärgert sich Rhein ganz massiv: Die NPD will am 20. Oktober in Frankfurt aufmarschieren - wie zuletzt am 7. Juli. Anlass ist diesmal der umstrittene Moscheebau in Hausen. Der Titel der Veranstaltung, die der wegen Volksverhetzung verurteilte Rechtsextremist Marcel Wöll am Dienstag angemeldet hat, lautet: "Stoppt die Islamisierung Deutschlands - keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen".

Wöll rechnet nach Angaben der Stadt mit etwa 500 Teilnehmern und will weitgehend auf der gleichen Route marschieren, die den Neonazis am 7. Juli zugewiesen wurde. Seinerzeit liefen rund 750 Rechte rund um den Industriehof. Knapp 5000 Gegendemonstranten sammelten sich an der Strecke und in der Innenstadt.

Ob die NPD diesmal jedoch wieder in Frankfurt aufmarschieren kann, ist fraglich. Am Dienstagnachmittag entscheidet Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU): Die Demonstration wird per Verfügung von der Stadt verboten, wegen der Gefahr, dass von ihr Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass ausgehen.

Die Stadt ist entschlossen, auch eine juristische Auseinandersetzung durch alle Instanzen durchzustehen, so der Leiter des OB-Büros, Peter Heine.

Roth beruft außerdem das Römerberg-Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften und Parteien ein, das schon bei der ersten Demonstration die Stadt gegen Rechts mobilisiert hatte. Die Chancen für ein gerichtliches Verbot stünden sehr viel besser als vor dem Aufmarsch im Sommer, sagte Rhein. Denn schon der Aufruf zur Demonstration mache deutlich, dass die NPD auf Volksverhetzung aus sei.

Der Sprecher der Anti-Nazi-Koordination, der Pfarrer Hans-Christoph Stoodt, sagte, er rechne fest mit einem Verbot. Sollte die NPD aufmarschieren dürfen, werde er alles tun, um die Demonstration zu verhindern. "Die wollen nur Öl ins Feuer gießen. Es ist völlig inakzeptabel, was die NPD macht", sagt der CDU-Fraktionschef im Römer, Markus Frank. Er sichert Rhein die volle Rückendeckung seiner Fraktion zu, um die Demo der Rechtsextremen zu verhindern.

Dass der Protestmarsch gegen den Moscheebau für die Rechten ein Schuss nach hinten sein könnte, weil die Hausener gegen den "billigen Stimmenfang" protestieren würden, ist Frank keine Überlegung wert: "Ich will solche Gestalten nicht in unserer Stadt. Die helfen uns nicht, ein Problem zu lösen. Die sind ein Problem."

CDU hat nichts gegen Moschee

Die CDU-Fraktion hat auch zum geplanten Moscheebau am Industriehof Position bezogen: "Da baut ein privater Investor auf privatem Grund und wir verhindern keinen Bau, sondern dringen darauf, die Verkehrsprobleme zu berücksichtigen." Etwa, dass so viele Parkplätze wie möglich vorgehalten werden, um den Einwand eines befürchteten Verkehrschaos mit zugeparkten Straßen zu entkräften. "Jeder Parkplatz mehr erhöht die Akzeptanz."

Ansonsten setzt Frank auf Dialog. "Man muss die Leute zusammenbringen. Wir wollen, dass in unserer Stadt sollen verschiedene Kulturen, verschiedene Religionen gut miteinander leben können."

Dass dieses Ziel in Frankfurt von einer "breiten demokratischen Mehrheit" getragen wird, wollen CDU, Grüne, SPD und FDP gegen Ende der mit einer gemeinsamen Erklärung zum Moschee-Bau in Hausen signalisieren. Die FDP-Fraktion macht sich für eine Integrationsvereinbarung stark, die die Stadt nach dem Vorbild Wiesbadens mit den Moscheevereinen abschließen soll. "In dieser Vereinbarung sollen die religiösen Gemeinschaften auf demokratische Leitbilder verpflichtet werden." Vor dem Hintergrund, sagt der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Yanki Pürsün, stimmt die FDP auch der Moschee in Hausen zu.

Kommentar: [Stunde der Demagogen](#)

26.09.2007 Betreff: RE: Reichskriegsflagge

Haben den Mann schon mal darauf angesprochen von 1-2 Monaten. Er meint es handele sich um eine Marineflagge aus dem 1. Weltkrieg. An dem Haus hängt fast jeden Tag eine andere Flagge. Scheint eine Art Hobby zu sein.

Von: [mailto:Neuthorverlag@compuserve.de]

Gesendet: Sonntag, 9. September 2007 23:06

Betreff: Reichskriegsflagge

Liebe Antifa - FreundInnen, zur Information: In **Hummetroth** hängt an einem Haus, Ortsausfahrt Nord (Richtung Hassenroth) linke Strassenseite eine grosse Reichskriegsflagge(ohne Hakenkreuz), also nicht strafbar. Ich werde versuchen, aus dieser Gemeinde Infos darüber zu bekommen.

Es gibt gute Sammlungen über die Codes, die Bildsymbole der Neonazis, ich habe leider die Adresse nicht griffbereit, sie folgt. Eine weitere fällt mir noch ein:

28 = Blood & Honour (verbotene Gruppe und Netzwerk)

Viele Grüsse Peter - Jochen Bosse

27.09.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1216668
Moschee-Bau: NPD klagt gegen Demo-Verbot

Die Stadt muss sich auf eine juristische Auseinandersetzung mit der NPD gefasst machen. Der Landesverband Hessen der rechtsextremen Partei kündigte am Mittwoch an, gegen das geplante Verbot seiner...

27.09.2007 hjr telex Nr. 26/2007 - 27. September 2007 Hessischer Jugendring - Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände

Tagung zur Netzwerkbildung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Rechtsextremismus hat sich als Jugendkultur und Ideologie in Teilen der jungen Generation verstetigt und verfestigt. Aus Kommunen und der Jugendarbeit wird über rechtsextreme Aktivitäten berichtet - dies reicht von diffusen, vereinzelt Aktionen bis hin zur massiven Präsenz und dem Auftreten rechtsextremer Jugendlicher. Die Jugendarbeit ist in den Gemeinden, in Vereinen und Verbänden mit einem modernisierten Rechtsextremismus und zunehmend mit rassistischen Orientierungen konfrontiert. Die Verantwortlichen sind häufig unsicher, wie geeignete Strategien im Umgang mit dem Rechtsextremismus aussehen können. Mit

Schon gestern meldete das Odenwälder Echo unter der lakonischen Überschrift "[Rechte fassen Fuß](#)" die (lokale) Wiedergeburt der NPD. Eine Neuigkeit war das eigentlich nicht. Das "Ereignis", die Gründungsversammlung des NPD-Kreisverbandes Odenwald, soll sich nämlich schon am 30. Juni zugetragen haben.

Das meldete [Wolf-Jürgen Zeuner](#), alleiniger Vorstand des NPD-Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg, schon am [4. Juli in seinem Weblog](#) - unter Bezug auf [Jörg Krebs](#), Pressesprecher des NPD-LV Hessen.

[In Zeuners Weblog wird übrigens schon einmal wacker gegen alle Anglizismen gekämpft: Web, Blog, Internet, eMail und Ähnliches kommt den Rechtsradikalen nicht über die Lippen. Dafür reden sie vom "Weltnetz" und von "E-Post". Da fehlt nur noch der "Fernsprecher" als germanischer Ersatz für das Telefon. Peinlich ist auch, dass sie sich auf unfeine Weise der populären Open-Source Software [Wordpress](#) bedienen - und zwar der aktuellsten Version 2.2.2.

Für Blogger gehört es zum guten Ton, auf die genutzte (fremde) Software hinzuweisen - und so deren Machern ihren Dank auszusprechen.

Zeuner hat dagegen explizit den Verweis auf Wordpress gelöscht - wahrscheinlich, um seinen Blog als echte deutsche Wertarbeit erscheinen zu lassen. Das Gaunern fängt bei den Neonazis eben schon früh an.]

Das [Odenwälder Echo](#) hat nun etwas getan, was es sonst selten tut: Recherchiert - durch eine Nachfrage beim NPD-Hessen-Pressesprecher Krebs.

So wurde in Erfahrung gebracht, dass

>... der neuen Gruppierung Ende Juli 17 Parteimitglieder an (gehören). „Drei oder vier werden von Dieburg überstellt“, so Krebs. Im Odenwaldkreis waren der ehemalige NPD-Verband 2003 aufgelöst und die verbliebenen Mitglieder in den Kreisverband Darmstadt-Dieburg eingegliedert worden. Zum Vorsitzenden des neuen Parteiverbands wurde **Heinz-Werner Grünewald** und zu seinen Stellvertretern wurden **Marco Stangl** (beide aus Brensbach) und **Georg Hartmann** (Fränkisch-Crumbach) gewählt.< [Hervorhebungen von uns]

Die NPD selbst nennt [im Web](#) nur Grünewald mit seinem vollen Namen. Die beiden anderen versteckten sich zunächst hinter ihren Abkürzungen:

Also Marco Stangl hinter Marco S. und Georg Hartmann hinter Georg H.

Eine Webrecherche nach dem Namen "Heinz-Werner Grünewald" bringt übrigens Erstaunliches zutage: [Stayfriends.de](#) behauptet nämlich, ein Heinz-Werner Grünewald habe in den folgenden Schulen die "Schulbank gedrückt":

[Rodensteinschule Fränkisch-Crumbach](#) (Abschlussjahr 1972)

[Georg-August-Zinn Schule Reichelsheim](#) (Abschlussjahr 1978) UND

[Hessische Polizeischule Wiesbaden](#) (Abschlussjahr 1981).

Es könnte sich natürlich auch um einen Doppelgänger handeln. Nur sind es der Koinzidenzen fast zu viele. So oder so fragt man sich, was da eigentlich in der Polizeischule gelernt wurde.

Ein Kommentar zu "Nanu: Absolvent der Hessischen Polizeischule NPD-Chef im Odenwaldkreis?"

1. **Jürgen schreibt:**

[August 25th, 2007 at 6:44](#)

Es ist halt 'mal kein reiner Zufall, wenn sich ein junger Mensch entscheidet, Bulle Polizist zu werden! Ein überproportionaler Anteil des Neo-Nazi Abschaumes versammelt sich doch entweder bei "Deinen Freunden und Helfern" oder bei den Zeitsoldaten.

01.10.2007 Betreff: Anti-Nazi-Koordination Die Anti-Nazi-Koordination meldet für den 20.Oktober ganztägig eine Veranstaltung in Hausen an Frankfurt am Main

www.antinazi.wordpress.com

Die Anti-Nazi-Koordination meldet für den 20.Oktober ganztägig eine Veranstaltung in Hausen an

Nachdem die NPD-Demonstration gegen den Moscheebau am 20. Oktober 2007 völlig zu Recht wegen der von dieser Demonstration ausgehenden Gefahr von Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß umgehend durch eine Verfügung der Stadt Frankfurt verboten worden ist hat die Anti-Nazi-Koordination die Route der NPD für eine eigene Veranstaltung a 20.Oktober für den ganzen Tag angemeldet.

Das Konzept dieser Veranstaltung wird auf der morgigen Sitzung der Anti-Nazi-Koordination beschlossen. Wir treffen uns am Di, 2. Oktober, um 19 Uhr im Türkischen Volkshaus, Werrastraße 25 (Nähe Westbahnhof).

Zur Diskussion laden wir alle antirassistischen und antifaschistischen InteressentInnen herzlich ein! Weitere Infos zur Situation im Moscheebau-Konflikt:

<http://antinazi.wordpress.com/2007/09/26/stadt-verbietet-mpd-demo-am-20-oktober-riesenkrach-im-nazi-lager-ortsbeirat-hausen-verschiebt-stellungnahme-zur-nazi-demo-auf-die-zeit-nach-deren-termin-mobilisierung-gegen-mpd-demo-muss-weiter/>

<http://antinazi.wordpress.com/2007/09/27/internet-aufruf-zum-bewaffneten-kampf-gegen-muslime-in-frankfurt-hausen/>

**01.10.2007 Subject: PPSH-ERB: Michelstadt - Farbschmierereien, Verwendung von ...
PPSH-ERB: Michelstadt - Farbschmierereien, Verwendung von verfassungswidrigen Zeichen**

Michelstadt (ots) - Bisher Unbekannt haben nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen vermutlich in der Nacht von Freitag (28.) auf Samstag (29.) durch Farbschmierereien in Michelstadt einen Schaden von ca. 10.000 Euro angerichtet. Betroffen von den Farbschmierereien sind die Theodor-Litt-Schule, die Beruflichen Schulen des Odenwaldkreises und eine größere Anzahl privater Anwesen im Bereich Dr. Leber-Straße, Dr. Albach-Straße, Geschwister Scholl Straße, Heinrich-Ritz-Straße, Hubener Weg Pfungstädter Weg und im Stadtring.

Dabei sprühten die Unbekannten verfassungswidrige Zeichen auf Wände, Versorgungseinrichtungen, Bushaltestellen, Zäune und Verkehrsschilder. Die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen stellte eine Straftat nach dem Strafgesetzbuch dar.

So wurden durch die Unbekannten u.a. am Neubau der Theodor-Litt-Schule mehrere Hakenkreuze in rot und blau sowie ein Davidstern im Kreis und "P 4 Nigga" aufgesprüht. Auch die Zahl "18" wurde auf einen Gartenzaun aufgebracht. Diese Zahl wird in der rechten Szene als Abkürzung für A-dolf H-itler benutzt. Im Bereich der Beruflichen Schulen wurde an einem Verkehrsschild im Einfahrtsbereich ein Hakenkreuz in blauer Farbe aufgesprüht. Ein weiteres Hakenkreuz wurde auf einer Sitzbank im Werkstattbereich in blauer Farbe aufgesprüht. Im gesamten Schulbereich wurden weitere Wände und Mauern sowie ein Garagentor besprüht.

Weiterhin wurden an diversen anderen Stellen nicht lesbare Zeichen aufgebracht. Die Polizei sucht Zeugen, die sachdienliche Hinweise auf die Täter und zur Aufklärung der Tat geben können. (06062/953-0)

http://www.polizeipresse.de/p_story.htx?firmaid=4969

Rückfragen bitte an:

Polizeipräsidium Südhessen

Neue Lustgartenstr. 7

64711 Erbach

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Volkmar Raabe

Telefon: 06062/953217 o. 0172/6182364

Fax: 06062/953515

E-Mail: volkmar.raabe@polizei.hessen.de

02.10.2007

An die VertreterInnen der Presse

DGB verurteilt Nazi-Schmierereien in Michelstadt

MICHELSTADT / ODENWALDKREIS. „Kein vernünftiger Mensch, nur politische Dummköpfe und braune Verbrecher wünschen sich die Nazi-Diktatur zurück“, kommentiert DGB-Regionssekretär Horst Raupp (Darmstadt) die neuerlichen Nazi-Schmierereien in Michelstadt. Bisher unbekannte Täter haben nachts etliche Privatgebäude, Schulen, Bushaltestellen und Verkehrsschilder mit neofaschistischen Parolen beschmiert und dabei erheblichen Sachschaden angerichtet.

„Die rechtsextremen Täter müssen schnellstens ermittelt und wegen Volksverhetzung, der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Sachbeschädigung zur Rechenschaft bezogen werden“, betont Raupp.

„Für braune Verbrecher und Geschichtsfälscher ist im Odenwaldkreis kein Platz. Michelstadt und der Odenwaldkreis sind bunt und nicht braun“.

Die Neonazis scheuen bei ihren Schmieraktionen aus guten Grund des Licht des Tages, stellt der DGB fest:

„Zur verbrecherischen braunen Gesinnung kommt die Feigheit hinzu“.

Horst Raupp

Regionssekretär

02.10.2007 Betreff: E-Mail schreiben an: gegenrechts

Die Nachricht kann jetzt mit folgender Datei oder Link als Anlage gesendet werden:

Verknüpfung mit: <http://www.fritz-bauer-institut.de/links/gegenrechts.htm>

03.10.2007 Liebe Freundinnen und Freunde,

wie Ihr vielleicht der Presse entnommen habt, veranstalten die Republikaner am 6.10.2007 in Mainz ein europaweites Treffen in der Rheingoldhalle unter dem Motto "Für ein Europa der Vaterländer", in der sie nach eigenen Angaben bis zu 600 Rechte erwarten. Die Mainzer Grünen und die Grüne Jugend beteiligen sich an einem breiten Bündnis, das Aktionen gegen den Kongress vorbereitet und an dem die Jusos, der DGB, die Linke, die Antifa Nierstein und etliche weitere Initiativen beteiligt sind. Geplant ist eine Demo ab 9:30 Uhr am Hauptbahnhof mit Abschlusskundgebung auf dem Rathausplatz unter dem Motto "Für ein Europa ohne Grenzen", die dann mit Beginn des Rep-Kongresses zusammenfallen wird. Genaueres kann ich Euch bald mitteilen.

Unser Ziel ist es, ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen rechts auf die Straße zu locken und hoffen, dass möglichst viele Mainzerinnen und Mainzer, Rheinland-PfälzerInnen und HessInnen uns dabei unterstützen und ein Zeichen gegen rechts setzen.

Viele Grüße

Markus Gröninger

An der Hechtsheimer Höhe 32

D-55130 Mainz

Tel. d. 069-265-7676, Fax -20468

Tel. p. 06131-479026

www.gruene-mainz.de/10161.0.html

04.10.2007 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1219549)

[online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1219549](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1219549)

Fackelzug am falschen Tag

Mainzer Narren streiten über einen Aufmarsch genau 75 Jahre nach Hitlers Machtergreifung

04.10.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1219539
Demo gegen Treffen der Rechten

Mainz ist Schauplatz eines "Republikaner"-Europakongresses / Stadtrat wehrt sich

06.10.2007 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1220911
Roth geht für Moschee auf die Straße

In der Moschee-Debatte werden die Fronten klarer. Nach dem eindeutigen Votum der Stadtverordnetenversammlung für die Pläne der Hazrat-Fatima-Gemeinde wird es nun auch eine Demonstration "für das Recht auf Religionsfreiheit" geben.

06.10.2007 www.echo-online.de

In allen Schichten angekommen - Rechtsextremismus: Margarete J. Bauer erläutert im offenen Frauentreff, wie NPD und andere Themen besetzen

HEPPENHEIM. Fremdenfreundlichkeit statt Fremdenfeindlichkeit ist das Motto der Bergsträßer Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Da die rechte Szene keine Länder und Kreisgrenzen kennt, arbeitet die ehrenamtliche Initiative über die Grenzen der Bergstraße hinaus und richtet ihren Blick auf die gesamte Region Rhein-Neckar. Am Donnerstagabend war Margarete J. Bauer von der Initiative im offenen Frauentreff der Heilig-Geist-Gemeinde in Heppenheim zu Gast, um über Rechtsextremismus zu informieren.

Rechtsextremismus, so die einhellige Meinung von Beobachtern der Szene, hat das Nischendasein in Deutschland längst verlassen. Margarete Bauer, die sich in der Bergsträßer Initiative engagiert, habe dies nach längerem Aufenthalt im Ausland mit Bestürzung wahrgenommen.

„Rechtsextremismus ist in allen Bevölkerungsgruppen angekommen, früher konnte man Mitglieder aufgrund von äußerlichen Kennzeichen identifizieren, heute sehen sie aus wie du und ich“, betont Bauer. Hinter dieser Fassade, die den Eindruck von Harmlosigkeit erweckt, besteht die alte NS-Ideologie jedoch weiter.

Bauer bezeichnet Rechtsextreme, egal welchen Alters, daher als „Ewiggestrige“. Auf Aufklebern, die im Kreis massenhaft an Laternenmasten, gerade auch im Umfeld von Schulen, geklebt werden, macht die Szene Stimmung gegen Ausländer, „Multikulti“ und neuerdings Themen wie Umweltzerstörung oder G8-Gipfel. Dabei besetzt die Szene ebenso wie die rechten Parteien Themen, die polarisieren und Wähler mobilisieren sollen. Hinzu kommen Aufmärsche und Infostände, die auch im Kreis Bergstraße in den vergangenen Jahren zunahmen. So zeigte die NPD am vergangenen Samstag mit einem Stand in der Heppenheimer Fußgängerzone Präsenz.

Margarete Bauer mahnt, im Alltag genau hinzuschauen. Die Szene im Kreis und den angrenzenden Kreisen und in den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die vom Aktionsbüro Rhein-Neckar koordiniert wird, besitzt kaum greifbare Strukturen. Vieles ist dezentral organisiert oder läuft über den Kommunikationskanal Internet. Die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, im Jahr 2000 auf Betreiben des ehemaligen Bergsträßer Landrats Norbert Hofmann (SPD) gegründet, zeigt daher dieses Jahr ebenfalls verstärkt Präsenz in Schulen sowie Städten und Gemeinden im Kreisgebiet, um Aufklärungsarbeit zu leisten.

Oft seien die Zeichen und Codes der Rechtsextremen allerdings gar nicht einfach zu entschlüsseln, weiß Bauer. Mit Zahlencodes werden verfassungsfeindliche Parolen und verbotene Begriffe kaschiert, bei denen statt der Initialen „AH“ für Adolf Hitler die Nummer der Buchstaben im Alphabet, also „18“, genannt werden. Außenstehende wüssten sich darauf oft keinen Reim zu machen, betont Bauer. Hinzu kommt eine eigene Mode der rechten Subkultur, die über entsprechende Absatzkanäle vertrieben wird. Zumindest daran ließen sich Sympathisanten teilweise noch erkennen.

Zugenommen hat in den vergangenen Jahren auch der Anteil von Frauen in der rechten Szene. Fasziniert von „Tugenden“, die dort gepflegt werden, und mit einem längst überkommenen Frauenbild, integrieren sie sich voll in der Szene. „Die kochen keinen Kaffee, sondern arbeiten mit“, kommentiert Bauer ironisch. Selbst das rechte Wählerpotenzial speist sich mittlerweile verstärkt aus jungen Frauen. Besonders vor den Landtagswahlen im kommenden Frühjahr intensiviert die NPD ihre Öffentlichkeitsarbeit, die sie im „Sofortprogramm“ für Hessen zusammengefasst hat. 500 Aktionen sind demnach bis Frühjahr 2008 geplant.

Der Kreis Bergstraße bilde hierbei keine Ausnahme, wie Aktivitäten der vergangenen Monate zeigten, sagt Margarete Bauer. Zur Demonstration hatte sie am Donnerstag nicht nur Flugblätter mitgebracht, sondern auch besagte Aufkleber und Zitate aus dem Sofortprogramm und Internetseiten der Rechten. Bei rechtsextremen Wählern dürfe man nicht immer nur in den Osten zeigen, auch im Westen sei das Potenzial beachtlich. Die Wähler der NPD und der Republikaner seien dabei jene, die die Mitte der Gesellschaft

ausmachten. Daher sollen Bürger und Gemeinden im Kreis durch Veranstaltungen der Initiative wie am Donnerstagabend sensibilisiert werden. lev

06.10.2007 www.echo-online.de

Hintergrund - **Bergsträßer Initiative kämpft gegen Rechtsextremismus**

HEPPENHEIM. Verantwortung zu tragen für eine konstruktive Gestaltung des interkulturellen Lebens hat sich die Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in ihrem Leitsatz zur Aufgabe gemacht. Dafür kommen die Ehrenamtlichen in Schulen, Bürgerhäuser und zu interessierten Gruppen. Bis zu 120 Interessierte haben der Initiative dabei in den vergangenen Jahren gelauscht. Groß ist die Resonanz besonders dort, wo es aktuelle Anlässe gibt, sich mit rechten Parteien oder rechter Ideologie auseinander zu setzen.

Derzeit führt die Initiative Gespräche mit den Städten und Gemeinden im Kreis, die sich deutlich per kommunalem Beschluss gegen Rechtsextremismus positionieren sollen. „13 von 22 haben das bereits getan“, betont Margarete Bauer von der Initiative. Bei den anderen stoße man zwar auch nicht auf Widerstand oder Unverständnis, allerdings verwiesen viele darauf, dass in ihrer Gemeinde kein rechtes Potenzial bestünde. Ob dem allerdings so ist, kann nicht immer auf den ersten Blick gesagt werden. Selbst wenn Strukturen wie Kameradschaften verschwinden, bestehe das Potenzial in den Köpfen weiter. Am 14. und 15. März 2008 plant die Initiative ein besonderes, zweitägiges Seminar mit Klaus-Peter Hufer. Hufer ist in der Erwachsenenbildung tätig und hat zahlreiche Bücher über die rechte Szene, darunter auch ein „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ geschrieben. Mit ihm will die Bergsträßer Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erörtern, wie man solchen Argumenten begegnet und sie entkräften kann. lev

10.10.2007 http://de.altermedia.info/general/aktionsburo-rhein-neckar-filmbeitrag-uber-eine-verteilaktion-der-npd-schulhof-cd-an-der-eberbacher-realschule-101007_11559.html#comments

Eberbach: An der Eberbacher Realschule unterrichtet seit dem neuen Schuljahr der Heidelberger Antifaschist Michael Csaszakóczy. Dieser ist in der vom Verfassungsschutz als militant eingestuften antifaschistischen Aktion Heidelberg aktiv und schult nun Kinder in Eberbach. Nationale Sozialisten versuchten am Montagmorgen in Form einer Verteilaktion vor der Eberbacher Realschule ein demokratisches Gegengewicht zu den Ansichten des Antifalehrers zu schaffen. Nach wenigen Minuten sammelten eifrig Csaszakóczy Kollegen das NPD-Werbematerial von den Schulkindern ein und riefen die Polizei. Nur ob auch jeder Schüler die Schulhof-CD rausrückte, bleibt fraglich. Die Polizei nahm erst einmal die Aktivisten mit auf die Wache und ließ sie nach ca. 2 Stunden wieder gehen. Es gab keine Anzeige, keine Beschlagnahme, sondern nur ein Paradestück des Demokratieverständnisses der Eberbacher Realschule, des Antifalehrers und der Polizei.

Als Alternative: <http://www.youtube.com/watch?v=45QFpl4PnzM>

10.10.2007 **MUT GEGEN RECHTE GEWALT - 10.10.2007**

URL: <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=10&kat=10&artikelid=4011>



Europa-Kongress in kleiner Runde Die Republikaner wollten sich ein neues Image geben. Vergebens.

Von Silke Dürrhauer

Die rechtsextremistischen Parteien sind in Europa immer noch marginalisiert, teilweise laufen ihnen sogar die Anhänger davon. Besonders die Republikaner sind davon betroffen. Mit einem internationalen Kongress in der Mainzer

Rheingoldhalle sollte alles anders werden. Doch statt Aufwind spürten sie Gegenwind.

Zum 6.10.2007 lud die Partei „Die Republikaner“ (REP) 700 Mitglieder und Gäste zu einem internationalen Kongress in die Mainzer Rheingoldhalle, der unter dem Motto „Das Europa der Vaterländer formiert sich!“ stand. In einer Pressemitteilung kündigten die REPs vorab eine historische Zusammenkunft der Patrioten an, die ein gemeinsames Ziel verfolge: eine gemeinsame Kandidatur durch eine länderübergreifende Liste bei der Europawahl 2009.

Über die Ziele und die gemeinsamen Feindbilder sind sich die konservativen bis rechtsextremen Parteien einig: Man wolle den „expansiven Islam“ bekämpfen und natürlich auch die Einwanderungspolitik der etablierten Parteien. Die Redner der „befreundeten Parteien“ aus dem Ausland sahen das genauso. Der Parteivorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) Heinz Christian Strache etwa schreckte nicht vor dem unpassenden Vergleich zwischen heutigen europäischen Ausländern und der Belagerung Wiens durch osmanische Truppen 1683 zurück. Im Anschluss nutzte Strache gleich die Gelegenheit, den libyschen Machthaber Muammar al Gaddafi zu zitieren, der die Türkei als „islamisch-trojanisches Pferd“ bezeichnete, das in Europa nichts zu tun habe. Filip Dewinter, der Fraktionsvorsitzende der flämischen Vlaams Belang,

ließ sich ebenfalls über eine „islamische Landnahme“ aus.

Damit war die Liste der prominenten Vertreter allerdings auch abgehakt. Im Vorfeld hatten die Republikaner zwar Mitglieder der französischen Front National angekündigt. Diese kamen wohl. Aber ihr bekanntestes Mitglied, Jean-Marie Le Pen, kam nicht nach Mainz.

Der Kongreß fand zu einer Zeit statt, in der die rechtsextremen Parteien Europas Schlappe hinnehmen müssen. Einzig die Vlaams Belang steht momentan mit 11,9 Prozent und als dritte Kraft in Belgien ganz gut da, doch auch sie hat ihre besten Zeiten hinter sich. Die FPÖ träumt seit Jahren von Wahlergebnissen von 26,9 Prozent, die sie mit Jörg Haider 1999 erreicht hatte, aber auch wegen ihm später verlor. Die Republikaner waren einst ein Verbund von 15.000 Mitgliedern, der nun auf 6000 Mitglieder geschrumpft ist und von der Frankfurter Rundschau sogar als „vergreiste Partei“ beschrieben wird. Selbst der Verfassungsschutz hält die REPs nicht mehr für gewichtig. Stattdessen müssen die Republikaner ihre Mitglieder an die aktionistische NPD abtreten.

So blieb der europäische Kongress doch eher eine kleine Runde, die sich einerseits selbst feierte und gleichzeitig damit konfrontiert war, dass ihre Situation desolat ist. Denn draußen vor der Rheingoldhalle protestierten Tausende Bürger aus Sportvereinen, Gewerkschaften, Kirchen Parteien etc. gegen Rechts-Extremismus, und selbst die Catering-Firma weigerte sich, die REPs und ihre Gäste zu beliefern.

Die Hoffnungen der REPs und ihrer befreundeten Parteien liegt nun auf dem neu gegründeten Zusammenschluss europäischer rechtsextremer Parteien im Bündnis Identität – Tradition – Souveränität (IST). Sie soll der Garant für die länderübergreifende Liste für die Europawahl sein. Sollten die deutschen rechtsextremen Parteien ihre Streitigkeiten dafür beilegen, könnte dies ein Erstarren der gesamtdeutschen Rechtsextremen bedeuten. Doch die Republikaner dementieren auf Ihrer Homepage die Meldung des Magazins Focus, nach der ein gemeinsamer Antritt von DVU, NPD und REPs geplant sei.

© www.mut-gegen-rechte-gewalt.de - 8.10.2007. Das Foto zeigt die abgesperrte Rheingoldhalle.

Quelle: Kurier.at

10.10.2007 **Betreff: REPs in Rüsselsheim**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am **20.10. planen die REPs eine Kundgebung in Rüsselsheim**. Thema sind Moscheen, obwohl das in Rüsselsheim gar nicht aktuell ist, das ist aber offensichtlich das Wahlkampfthema der Rechten. Die KollegInnen des dortigen Ortsverbandes planen am Dienstag oder Mittwoch Abend vor dem 20. eine Veranstaltung zum Thema „Zusammenleben der Kulturen“ sowie für den Samstag Gegenaktionen. Ihr werdet auf dem laufenden gehalten, insbesondere wenn genaue Termine und Zeiten bekannt sind (auch Treffpunkt für Samstag).

Mit der Bitte um Eure Unterstützung.

Kollegiale Grüße

Rheinstr. 50

Mob. 0171-9918673

Heike Weber

64283 Darmstadt

Fax 06151/3997-23

DGB Region Südhessen

Tel. 06151/3997-26

eMail heike.weber@dgb.de

13.10.2007 **URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/offenbach/?em_cnt=1225427)**

[online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/offenbach/?em_cnt=1225427](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/offenbach/?em_cnt=1225427)

["Den Rechten kein Podium bieten"](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/offenbach/?em_cnt=1225427)

Rüsselsheim Stadt macht mobil gegen die angekündigte Kundgebung der "Republikaner"

Anmerkung:

Mehrfach wurde diskutiert, wer sich in der Club Diskothek Havana trifft.

Zur info - betrifft ex-soundwerk Lautern, Marienberg 6 eine Stellungnahme

<http://www.havanna-reichelsheim.de/news%20und%20aktuelles.htm>

22.08.07 In letzter Zeit wurde uns immer öfters nachgesagt wir würden Konzerte und Events für "Rechte" veranstalten oder diese unterstützen. Dieses haben wir versucht in mehreren Gesprächen klar zu stellen, dass dem nicht so ist aber leider mehr oder weniger vergebens. Die Leutz im Club konnten wir davon überzeugen aber leider nicht diejenige welche uns nur von ausserhalb beobachtet haben. Daher haben wir den Entschluß getroffen eine klare Linie einzuschlagen und haben den sogenannten "Rechten" ein Hausverbot erteilt.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals klar und deutlich machen, dass wir in keinsterweise politische Gruppierungen unterstützen oder eine Zusammenarbeit fördern.

Wir wollen einen Club etablieren welcher eine gemütliche und angenehme Atmosphäre bietet. Der für Jung und Alt ein Treff geben soll um die verschiedensten Bands und Musikrichtungen kennen zu lernen.

Jetzt liegt es an euch uns kennen zu lernen. Ich hoffe wir sehen uns an einem der kommenden Abenden.